

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auf ihrem Gipfel am 29./30. Mai 1989 hat die NATO den Versuch unternommen, das Hauptproblem der Diskussionen im Vorfeld, die Frage der Aufrüstung neuer landgestützter Kurzstreckenraketen, aus der öffentlichen Diskussion zu nehmen.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß das Ergebnis des Gipfels einen Mißerfolg für die Bundesregierung bedeutet, da es vorerst keine Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen geben wird. Vielmehr billigt Artikel 49 des Abschlußdokuments ausdrücklich die Entwicklung der geplanten Kurzstreckenraketen bis 1992 durch die USA.

Darüber hinaus wird in Artikel 49 des Abschlußdokuments der Entwicklung des LANCE-Nachfolgermodells durch die USA von der Bundesregierung nicht widersprochen, ihr wird vielmehr ausdrücklich zugestimmt.

Nicht die vom Bundesaußenminister und der FDP geforderte Option der Bundesrepublik Deutschland auf die Dritte Null-Lösung ist festgeschrieben worden, sondern die Option der NATO auf die Stationierung dieser Waffen. Die eine Dritte Null-Lösung ausschließende Presseerklärung der britischen Premierministerin und des US-Präsidenten unterstreichen dieses Ergebnis.

Günstigstenfalls wird es eine Reduzierung auf gemeinsame Obergrenzen geben, was aufgrund der qualitativen Unterschiede der geplanten Kurzstreckenrakete im Vergleich zur bisher stationierten LANCE-Rakete nichts anderes als eine neue Aufrüstung bedeutet.

Doch selbst eine solche Reduzierung auf gemeinsame Obergrenzen ist daran geknüpft, daß es umsetzbare Ergebnisse im Rahmen der Verhandlung über konventionelle Rüstungskontrolle (VKSE) gibt; nach Meinung des US-Präsidenten Bush sollen solche Ergebnisse innerhalb eines Jahres erzielt werden.

Der Deutsche Bundestag lehnt das Junktim zwischen Verhandlungen über Kurzstreckensysteme und den VKSE-Verhandlungen ab und verurteilt die faktisch beschlossene Absage an eine „Dritte Null-Lösung“.

Der Deutsche Bundestag kritisiert weiterhin, daß auf dem NATO-Gipfel im Rahmen des angeblichen Gesamtkonzepts zu Rüstungskontrolle und Abrüstung alle weiteren „Modernisierungen“ im Bereich der nuklearen Artillerie, der luftgestützten Abstandswaffen und der britischen und französischen Atomwaffen ausgeklammert worden sind. Gerade die luftgestützten Abstandswaffen stellen als faktischer Ersatz der im INF-Vertrag erfaßten landgestützten Mittelstreckenraketen ein Unterlaufen dieses Vertrages und eine besonders gefährliche Rüstung dar.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die NATO zwar in der Frage der Kurzstreckenraketen zu einem Scheinkompromiß gekommen ist, die geplanten Aufrüstungen jedoch fortgesetzt werden können.

Der Deutsche Bundestag lehnt die geplante Stationierung landgestützter Kurzstreckenraketen, die geplante Einführung moderner luftgestützter Abstandsflugkörper und neuer Träger (z. B. F 15 E), die Modernisierung der britischen und französischen Luftstreitkräfte sowie die Einführung von SACEUR unterstellten seegestützten Cruise Missiles ab und fordert die NATO und die USA auf, Verhandlungen mit der Sowjetunion und der WVO über die Abschaffung von nuklearen Kurzstreckenraketen und nuklearer Artillerie aufzunehmen.

II. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die grundsätzliche politische Bereitschaft der NATO und der USA, landstationierte Kampflugzeuge und Helikopter im Rahmen der VKSE-Verhandlungen zu reduzieren. Auf diese Weise werden auch westliche Asymmetrien zur Disposition gestellt und damit östlichen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen.

Um die Offensivfähigkeit der gegenüberstehenden Luftwaffen herabzusetzen, sollten sich beide Seiten auf eine Reduzierung verständigen, die schwerpunktmäßig den Abbau der Luftangriffsverbände vorsieht.

Der Deutsche Bundestag fordert die französische Regierung auf, auch ihre Luftstreitkräfte in die VKSE-Verhandlungen einzubringen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner die grundsätzliche politische Bereitschaft der USA, mit der Sowjetunion über einen Abzug amerikanischer und sowjetischer Stationierungstruppen zu verhandeln. Dies wäre auch ein erster Schritt eines militärischen Disengagements der Großmächte in Europa.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die derzeitige politische Dynamik zu unterstützen, indem sie mit allen Kräften die Verwirklichung eines Vertragsabschlusses bei den VKSE-Verhandlungen innerhalb der avisierten 12 Monate fördert.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung außerdem auf, durch folgende, auch auf die VKSE-Verhandlungen zielende, weiterreichende einseitige Schritte zur Abrüstung beizutragen:

1. bei den Luftstreitkräften

- Einstellung von Tiefflügen
- Einstellung der Jäger 90
- Stilllegung einiger Jagdbombergeschwader der Bundesluftwaffe,

2. beim Streitkräfteumfang

Reduzierung der Bundeswehr auf zunächst 400 000 Mann,

3. bei den Rüstungsausgaben

Reduzierung um zunächst 10 v. H. des Einzelplanes 14.

III. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Obwohl in einzelnen Passagen die Notwendigkeit ziviler Kooperation zwischen Ost und West betont wird, bleibt das verabschiedete NATO-Gesamtkonzept dem Konfrontationsgedanken des Kalten Krieges verhaftet. Das Festhalten an der Doktrin der Komplementarität von militärischer Stärke und Entspannung des Harmel-Berichts und an der militärischen Irrationalität der Abschreckung (flexible response) unterstellen immer noch das Vorherrschen stalinistischer Außenpolitik und doppelbödigter Entspannungsrhetorik in der Sowjetunion. Die Abschreckungsdoktrin – militärische Folge eines oft aggressiven, von Feindschaft und tiefstem Mißtrauen getragenen Denkens bei Warschauer Pakt und NATO – konnte nur unter solchen politischen Verhältnissen Akzeptanz im Sinne einer kriegsverhindernden Wirkung gewinnen.

Eine Militärstrategie wie die der „flexible response“, die ihre „Verteidigungswirksamkeit“ nur durch die Androhung eskalierender atomarer Vernichtung des Gegners und der glaubhaften Bereitschaft zur schrittweisen Selbstvernichtung des eigenen Bündnisgebietes zu erzielen glaubt, deren Theorem von den Atomwaffen als politische Waffen nur als Paradoxon von Kriegsführungswaffen Sinn macht, kann in keinem Fall adäquater Ausdruck kooperativer Ost-West-Beziehungen sein.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Angesichts erster Schritte einer Defensivierung der sowjetischen Militärstrategie, den demokratischen Reformen in der Sowjetunion und dem weitgehenden gesellschaftlichen Reformprozeß in Ungarn und Polen sowie der größeren Selbstständigkeit der osteuropäischen Staaten gegenüber der Sowjetunion erscheint eine Umorientierung in den Ost-West-Beziehungen zwingend: Der Primat der militärischen Sicherheitspolitik muß durch den der Zivilpolitik ersetzt werden.

Ohne politische Vertrauensbasis zwischen Ost und West, ohne systemöffnende Kooperation und Verflechtung wird es keinen Ausweg aus dem Abschreckungssystem geben. Denn eine auf

militärische Sicherheit fixierte Friedenspolitik kann gravierende Abrüstungsschritte nicht erreichen, da in diesem Rahmen die strukturell angelegte immer ungleiche Risikominde- rung zum unüberwindlichen Hindernis wird.

In diesem Sinne sind die jüngst verabschiedeten NATO-Doku- mente für die Bewältigung der Zivilisierung des Ost-West- Konfliktes unzulänglich. Die wirklichen Herausforderungen einer gemeinsamen blockübergreifenden Bewältigung der ökologischen und sozialen Krise und einer Demokratisierung und Pluralisierung der politischen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit werden von der NATO weder ausreichend analysiert noch werden Kooperationsstrukturen für die Über- windung des Blocksystems entwickelt. Ausgehend von dieser Einschätzung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesre- publik Deutschland auf, sich in der NATO für erste Schritte einer strategischen Umorientierung einzusetzen:

- Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen,
- Verhandlungen über die Defensivierung der Militärstrate- gien als ersten Schritt zur Entmilitarisierung der Sicher- heitspolitik,
- Anerkennung des Abrüstungsziels eines atomwaffenfreien Europas,
- Schaffung politischer Strukturen für die zivile Kooperation mit dem Osten.

Bonn, den 1. Juni 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion